

8 NOV 1962
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/226

Bonn, den 8. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Verwischte Verantwortlichkeiten</u> Bundeskanzler und Bundesminister lenken ab Nach dem zweiten Teil der Fragestunde um den Spiegel-Komplex	62
2	<u>Bei anderen nicht möglich ?</u> Der Bundesinnenminister und der Geist der angelsächsischen Demokratie	46
3 - 4	<u>Die CDU versucht es mit Dummenfang</u> Durchsichtige Methoden in Niedersachsen	62
5	<u>Kennedys Wahlerfolg</u>	18
5	<u>Eleonore Roosevelt</u> †	20
6 - 7	<u>Österreichs Außenpolitik in Wahlkampf</u> Neutralität, EWG und die Stellung zur Sowjetunion Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	71

Chefredakteur Günter Markscheffel

Verwischte Verantwortlichkeiten

Bundeskanzler und Bundesminister lenken ab

ler - Es sieht so aus, als ob das im Zusammenhang mit dem gegen den "Spiegel" wegen des Verdachts des Landesverrats eingeleitete und mit spektakulären "Begleiterscheinungen" reichlich versehene Verfahren noch für lange Zeit die Gemüter erregen und die Geister scheiden wird. Um es nochmals - und dies fast schon bis zum Überdruß - zu sagen: bei den 18 Fragen, die die parlamentarische Opposition der Regierung im Bundestag stellte, geht es nicht darum, sich schützend vor angebliche oder tatsächliche Landesverräter zu stellen. Landesverrat bleibt und ist ein verabscheuungswürdiges Verbrechen und jene, die ihn begehen, verdienen die Verachtung unseres Volkes und die vom Gesetz vorgeschriebene Strafe.

Hier bei dem im Bundestag behandelten Komplex handelt es sich ausschliesslich darum, ob die zuständigen Behörden bei der Durchführung der ihnen von der Bundesgeneralanwaltschaft aufgetragenen Ermittlungen sich im Rahmen der bestehenden Gesetze gehalten haben und ob nicht Methoden angewandt wurden, die uns bei der ausländischen Presse den Verdacht eintragen, die Strafverfolgungsbehörden würden sich der schändlichen Praktiken der unseligen Gestapo bedienen.

Dass es hier nicht mit rechten Dingen zugegangen ist, dass noch vieles bewusst im Dunkel gehalten wird, was des Lichtes bedarf, dass Verantwortlichkeiten verwischt wurden, wie es in einem geordneten Rechtsstaat nicht zulässig ist, das ergab wie schon gestern auch die heutige Fragestunde. Bei aller Beredsamkeit war Strauss doch nicht in der Lage, dem Hohen Hause mitzuteilen, wer die Verhaftung des Spiegel-Redakteurs Ahlers und seiner Frau (!) über eine spanische Stelle veranlasste, und Innenminister Höcherl, hart bedrängt von den Fragestellern, sucht immer noch den "hohen Beamten", der vielleicht darüber die schlüssige Antwort geben könnte. Seit 14 Tagen bewegt diese, die Grundfesten unserer Rechtssicherheit berührende Affäre die deutsche und die Weltöffentlichkeit. Der bundesrepublikanische Innenminister

zeigt sich unfähig, den Namen dieses Mannes und seine Aktivitäten festzustellen. Was soll man von einem Minister halten, der nicht weiss, was die höheren Beamten seines Ministeriums tun? Hier liegt zumindest, wenn nicht mehr, eine grobe Fahrlässigkeit und Leichtfertigkeit vor.

Auch sonst ergab die erste Fortsetzung dieser ungewöhnlichen Fragestunde unerfreuliche Aspekte. Gewissermassen als Zufallsprodukt kam heraus: Zeitungen, die der Regierung nahestehen, finden nicht die Beachtung der für die Sicherheit unseres Staates verantwortlichen Stellen, auch dann nicht, wenn sie ähnliche offenkundige, in den militärischen Bereich hineinleuchtende Fragen behandeln oder über die Ergebnisse von Fallex berichteten, wie es der inkriminierte "Spiegel" getan hat. Ist die Wachsamkeit offizieller Stellen nur einseitig ausgerichtet, wächst sie mit dem Grad der Entfernung, zu der ein Organ zu der Regierung steht? Die Antwort, auf eine entsprechende Frage gegeben, schliesst eine solche Vermutung nicht aus.

Das wiederholte, ohne Not erfolgte, aber von bestimmten Zweckabsichten diktierte Eingreifen des Bundeskanzlers im Anschluss an eine wohlabgewogene (so Gerstermaier) Erklärung des sozialdemokratischen Abgeordneten Ritzel in den Mittag- und Nachmittagsstunden des gestrigen Tages, liess eine zutiefst erschreckende Mentalität offenbar werden. Das Verhältnis des Bundeskanzlers zur Demokratie ist schon seit eh und je kühl und distanziert gewesen. In gleicher Beziehung steht er zum Gedanken des Rechtsstaates. Einen Angeklagten als schuldig zu brandmarken, noch ehe er überhaupt vor einen Richter steht, verrät eine Geisteshaltung, die ihre Wurzeln mehr im totalitären als im rechtsstaatlichen Denken hat. Adenauer hat selbst schuld daran, wenn, wie immer auch das Spiegel-Verfahren ausgehen mag, in unserem Volke nagende Zweifel bleiben, ob auch wirklich alles geschieht, um Willkür vom Bundesbürger fernzuhalten.

Bei anderen nicht möglich ?

Der Bundesinnenminister und der Geist der
angelsächsischen Demokratie

H.B. - Bundesinnenminister Höcherl ahnte wahrscheinlich gar nicht, wie recht er hatte, als er in der Bundestagsdebatte über die Aktion gegen den "Spiegel" beschwörend ausrief, eine solche Diskussion sei in England und in den USA nicht möglich. Jeder Kenner der politischen Verhältnisse und Traditionen der großen angelsächsischen Demokratien wird ihm hierin nur zustimmen können. Die Gründe, aus denen eine parlamentarische Auseinandersetzung in diesen Ländern über einen der "Spiegel"-Affäre vergleichbaren Vorgang unmöglich wäre, sind allerdings anderer Art, als dem Bundesinnenminister und der CDU/CSU im Augenblick lieb sein dürfte:

1. Wenn überhaupt je eine Debatte über einen derartigen Komplex stattfinden würde, wäre die Regierung kraft ihrer Intelligenz und ihres Gefühls für Fairness und Rechtsstaatlichkeit stets in der Lage, zwischen dem materiellen Gehalt der Streitfrage - über die ihr, wie jedem anderen, vor Abschluß des ordentlichen Gerichtsverfahrens kein Urteil zusteht - und dem Problem der Prozedur der bisher angewandten Methoden sorgfältig zu unterscheiden.

2. Kein Mitglied der Regierung würde sich in ein schwebendes Verfahren einmischen, wie es zum Beispiel der Bundeskanzler getan hat.

3. In den großen westlichen Demokratien würde kaum eine Zeitung wegen eines Artikels entsprechender Inhalts wie die "Fallex 62-Geschichte" des Spiegels von den Organen des Staates behelligt werden, erst recht nicht mit solch fragwürdigen Methoden und Begleitumständen, die nur Empörung hervorrufen können.

4. In den angelsächsischen Demokratien hätte bei analogen Maßnahmen mit politischem Hintergrund erst gar nicht der spontane Verdacht aufkommen können, daß es sich hier um den Racheakt eines Ministers an einem Publizisten handeln könnte, weil ein Minister mit dem Bruchteil an Verdachtsmomenten gegenüber seiner Amtsführung, wozu Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss in der Fibag-Debatte sein taktisch motiviertes "mea culpa, mea maxima culpa" aussprach, schon bei Bekanntwerden in der Öffentlichkeit von selbst zurückgetreten wäre.

5. Selbst wenn ein derartiger Eingriff in die Pressefreiheit, wie er gegen den "Spiegel" vorgenommen worden ist, in den angelsächsischen Ländern vorgekommen wäre, hätte der betreffende Minister klare Verhältnisse geschaffen, indem er nicht sein Unbeteiligtsein durch die partielle Preisgabe seiner Ministerverantwortlichkeit zu suggerieren versuchte, und das in einer Sache, zu deren Handhabung in seinem Sinne bereits ein Augenzwinkern gegenüber seinem Staatssekretär überflüssig gewesen wäre.

6. Wenn schon ein Minister in den angelsächsischen Demokratien gehandelt hätte wie Franz Josef Strauss, so wäre er, wenn sein Staatssekretär wegen seines Handelns unter Ministervollmacht gemäßregelt worden wäre, sofort zurückgetreten, denn in einer parlamentarischen Demokratie ist allein der Minister für sein Ressort verantwortlich. - Aus allen diesen Gründen hat Herr Bundesinnenminister Höcherl zweifellos recht, wenn er meinte, daß in anderen demokratischen Staaten eine solche Diskussion, wie wir sie jetzt im Bundestag und in der Öffentlichkeit erlebt haben, nicht möglich wäre.

Die CDU versucht es mit Dummenfang

P.S. - Das niedersächsische Parlament durchleuchtet in diesen Wochen den Haushaltsplan für 1963, der sich auf etwa fünf Milliarden DM beläuft. An vielen Stellen steht der Etat des finanzschwachen Landes unter dem Druck des Bundes, der sich von zahlreichen finanziellen Verpflichtungen zurückziehen oder zumindest entlasten möchte. So will Bonn zum Beispiel sein Beteiligungsverhältnis beim Küstenschutz (Maßnahmen an Deich), beim Küstenplan (Maßnahmen hinter dem Deich), bei der Siedlung und Emalandererschließung und beim Entwässerungsplan für die Gebiete an Aller, Oker und Leine zu Ungunsten des Landes verändern.

Es ist selbstverständlich, daß diese finanzpolitischen Entscheidungen des Bundes das Land Niedersachsen besonders hart treffen müssen, da hier Programme angesprochen werden, die in ihrer Bedeutung nicht nur strukturverbessernd und daher nicht zu entbehren sind, sondern die auch starke finanzielle Auswirkungen auf den Landesetat haben. Die Degression der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau und der geplante erneute Zugriff des Bundes auf die Länderkassen in Höhe von zwei Milliarden DM sollten nicht vergessen werden. Demnach ergibt sich folgendes Bild: Daß vom Gesamtsteueraufkommen des Landes Niedersachsen erst einmal rund 54 Prozent (genau 53,7) als Bundesanteil nach Bonn abgeführt werden, 20,3 Prozent erhalten die Gemeinden, so daß sich der dem Land verbleibende Steueranteil auf 26 Prozent vermindert. Daraus wird deutlich, in welcher Form das Land an Finanzkraft zugunsten des Bundes und der Gemeinden verliert und damit in der Durchführung der eigentlichen Landesaufgaben mehr und mehr eingeschränkt wird.

Was aber tut angesichts dieser Lage eine in Opposition zur Landesregierung stehende CDU? Soll sie den weiteren Ausbau des Schul- und Bildungswesens ablehnen, den auch ihre eigenen Kultusminister fordern? Soll sie der Verstärkung der Polizei widersprechen, nachdem sie selbst ebenfalls nach mehr Sicherheit gerufen hat? Das tut sie nicht, sie übernimmt einfach die Bonner Maßhalte-Parole, erklärt den Etat für zu aufwendig und behauptet, im CDU-regierten Nachbarland Nordrhein-Westfalen gehe es viel billiger. Dort werde auf den Kopf der Bevölkerung

nur ein Betrag von 550 DM ausgegeben, während es bei den verschwenderischen Niedersachsen ganze 770 DM seien ! Dabei stört es die in die Enge manövrierte niedersächsische CDU nicht, daß man Landeshaushalte nicht ohne weiteres miteinander vergleichen kann, weil die Unterschiede in der Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Land und kommunalen Körperschaften einen Vergleich nicht zulassen.

Schon unter Einbeziehung der beiden Sonderhaushalte der nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, deren vergleichbare Aufgaben im niedersächsischen Landesetat enthalten sind, ändert sich das Verhältnis der pro-Kopf-Ausgaben erheblich. Würde Niedersachsen ferner die gleiche Veranschlagungsmethode für durchlaufende Bundeszuschüsse (nämlich als Leertitel ohne Ansatz!) durchführen wie Nordrhein-Westfalen, dann würde sich das Haushaltsvolumen in Hannover um runde 600 Millionen DM vermindern. Daß über die niedersächsischen Deiche eine katastrophale Sturmflut hinweggegangen ist, deren Schadensbeträge zum Unterschied von anderen Bundesländern im Haushaltsplan zu Buche stehen, stört die CDU-Haushaltskritiker nicht im geringsten.

Ihre Glaubwürdigkeit setzt die CDU aber dadurch völlig aufs Spiel, daß sie der Landesregierung, die sie wegen eines angeblich zu aufwendigen Haushalts kritisieren möchte, andererseits vorwirft, sie habe als Beitrag zur Schließung der Lücken im Bundesetat wiederum nur den gleichen Betrag von rund 112 Millionen DM bereitgehalten wie im Vorjahr. Das CDU-regierte Nordrhein-Westfalen, auf das die CDU in Niedersachsen gern als Beispiel hinweist, wenn es ihr günstig erscheint, hat es dagegen strikt abgelehnt, im Haushalt 1963 überhaupt einen Betrag als Bundeshilfe vorzusehen!

Wer mit solch durchsichtigen Methoden vor seine Wähler tritt, kann nicht den Anspruch erheben, ernst genommen zu werden.

Kennedys Wahlerfolg

sp - Der Wahlerfolg der Demokraten in den USA ist ohne Zweifel als ein Vertrauensvotum der amerikanischen Bürger für die Politik Kennedys zu werten, woraus sich selbstverständlich eine Steigerung seiner Autorität sowohl in der Innen- wie auch in der Aussenpolitik ergibt. Der Wahlkampf war sehr hart. Kennedys Gegner, die Republikaner, hatten nicht mit Vorwürfen gegen die demokratische Administration gespart. Höhepunkt der Angriffe auf Kennedy war die Behauptung, unter den neuen Präsidenten seien die USA zum ersten Mal in ihrer Geschichte unmittelbar bedroht. Gemeint war natürlich Kuba. Sicher hat Kennedys feste Haltung gegenüber Chruschtschow aber auch die ruhige Reaktion des USA-Präsidenten nach Chruschtschows Einlenken dazu beigetragen, der Mehrheit der amerikanischen Bürger das Gefühl zu vermitteln, daß sich ihr Schicksal in guten Händen befindet. Dieses Wahlergebnis wird auch positive Auswirkungen auf die internationale Entwicklung haben. Kennedy hatte im Wahlkampf immer wieder betont, er sei bei aller Festigkeit gegenüber kommunistischen Aggressionsabsichten bereit, neue internationale Verhandlungen mit dem Ziel der Entspannung einzuleiten.

+ + +

Eleanor Roosevelt +

sp - Im Alter von 78 Jahren ist Eleanor Roosevelt, die Frau des langjährigen demokratischen Präsidenten der USA, gestorben. Sie war eine hervorragende Persönlichkeit, die nicht nur zu Lebzeiten ihres bedeutenden Mannes, sondern auch später im öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten eine große Rolle spielte. Das deutsche Volk verdankt Frau Roosevelt sehr viel. Sie war es, die in der Zeit der politischen und rassistischen Verfolgungen unter Hitler ihre große Autorität zur Geltung brachte, um unzähligen Verfolgten zu helfen und ihnen das Leben zu retten. Mancher deutsche Wissenschaftler konnte dank der Aktivität von Eleanor Roosevelt der Wissenschaft erhalten bleiben. Nach dem zweiten Weltkrieg hat die verstorbene Präsidentengattin - sehr oft gemeinsam mit von Hitler vertriebenen deutschen Sozialdemokraten - den öffentlichen Kampf gegen die Kollektivverurteilung des deutschen Volkes aufgenommen. Auch zahlreiche Hilfsaktionen für die Hungernden in den ausgebombten deutschen Städten sind dank der Initiative von Frau Eleanor Roosevelt zustande gekommen. Eleanor Roosevelt hat nie ein Hehl aus ihrer Abneigung und starken Gegnerschaft gegen die Hybris des Nationalsozialismus gemacht. Sie wußte aber klar zu unterscheiden zwischen dem Volk, das der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ausgeliefert war und jenen, die sich willig dieser Gewaltherrschaft zur Verfügung gestellt hatten.

+ + +

Österreichs Außenpolitik im Wahlkampf

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Eine der bösesten Beschuldigungen, die im gegenwärtigen Wahlkampf in Österreich von der ÖVP erhoben wurde, war jene der "Ostanfälligkeit" der SPÖ-Regierungsmitglieder. Nach einem ebenso alten wie durchaus bewährten Rezept wurde die Sozialistische Partei als Vorfeld des Bolschewismus hingestellt und zum Beweis für diese einfüchtige These jede positive Äußerung gegenüber der Sowjetunion oder im Zusammenhang mit dem Osthandel angeführt.

Damit wurde in unverantwortlicher Weise die österreichische Neutralität - noch dazu in einer weßpolitisch besonders kritischen Phase - in die Auseinandersetzungen des Wahlkampfes gezogen. Die ÖVP hat damit Österreich keinen guten Dienst erwiesen und ob sie selbst von der Neutralitätsdemagogie profitiert, wird sich erst erweisen. Tatsache ist jedenfalls, daß

die Sozialisten als erste - und zwar seit 1947 - für die österreichische Neutralität eingetreten sind,

die Neutralität zwar primär ein militärischer Begriff ist, jedoch politische und wirtschaftliche Auswirkungen hat, die sich nicht vermeiden lassen, und

sowohl ÖVP wie SPÖ stets eine gemeinsame Außenpolitik betrieben haben. Vor sieben Jahren haben die beiden Regierungsparteien im Parlament die Neutralität des Landes in einem Verfassungsgesetz für "immerwährende Zeiten" festgelegt, übrigens gegen die Stimmen der Freiheitlichen Partei (FPÖ).

Man sollte daher meinen, daß aussenpolitische Fragen in diesem Wahlkampf aus der Propaganda ausgeklammert werden, zumindest soweit es sich um die beiden Koalitionspartner handelt. Doch gerade die ÖVP, die in diesem Zusammenhang besser geschwiegen hätte, bedient sich auch aussenpolitischer Fragen zur Wahlagitacion und beschuldigt, wie gesagt, die SPÖ der Ostanfälligkeit als gewissermassen innere Sympathie zum Totalitarismus des Ostens.

Unberechtigte Vorwürfe

Dieser Vorwurf ist uns weniger berechtigt, als der ÖVP-Parteiohmann, Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, selbst anlässlich seines Besuches in der Sowjetunion bei einem Empfang im Kreml unter anderem gesagt hat: "Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Österreich auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet enger gestaltet haben, und wir sind über-

eingekommen, alles, was möglich ist, zu tun, diese Entwicklung auch weiterhin zu fördern." Keinem Sozialisten fiel es ein, wegen dieser Erklärungen den ÖVP-Bundeskanzler der Ostanfälligkeit zu bezichtigen.

Was außerdem den Osthandel betrifft, müssen alle Warenbezüge und Lieferungen zwischen Österreich und den osteuropäischen Staaten von einer Zentralstelle für Aus- und Einfuhr genehmigt werden, die dem ÖVP-Handelsminister Dr. Fritz Bock untersteht, der auch das entscheidende Wort bei den Handelsvertragsverhandlungen hat.

Zur Wahrung der Neutralität entschlossen

Das Verhältnis zwischen dem neutralen Österreich und der Sowjetunion hat insbesondere in der Frage der europäischen Wirtschaftsintegration besondere Bedeutung gewonnen. Einen direkten Anschluß an die in einem Zusammenhang mit der NATO stehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) betrachten die Russen als einen Bruch der Neutralität. Österreich strebt daher eine loosere Form der Zugehörigkeit zur EWG, die sogenannte "Assoziation", an. Im übrigen vertreten die Sozialisten, an ihrer Spitze der SPÖ-Außenminister Dr. Bruno Kreisky, die Auffassung, daß die Definition und Abgrenzung der österreichischen Neutralität einzig und allein Sache der österreichischen Regierung und des österreichischen Parlaments sei. Dies etwa im Gegensatz zu der eigenartigen Haltung des ÖVP-Handelsministers Dr. Bock, der in einem Vortrag in Brüssel im Februar dieses Jahres erklärt hat: "Österreich wird in der Integrationsfrage eine Politik einzuschlagen haben, die kein Mißtrauen der Sowjetunion erweckt." Die SPÖ ist zur unbedingten Wahrung der Neutralität entschlossen, aber nicht gesonnen, diesbezüglich jeweils bei den Sowjets nachzufragen.

Die Rolle der FPÖ

Die schändlichste Rolle bei der Behandlung derartiger Lebensfragen des österreichischen Volkes spielt aber wohl die von deutschen Industriellen ausgehaltene FPÖ. Die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland mache, so argumentiert man in der FPÖ, die österreichische Neutralität, die ja nur eine deutsche Hegemonie in Europa verhindern sollte, überflüssig und gestatte im Grunde genommen einen Anschluß Österreichs an die Bundesrepublik. Die gleichen Kreise, die eine solche verbrecherische Dummheit von sich geben, will die "Reformergruppe" der ÖVP in Zukunft an Stelle der SPÖ zum Koalitionspartner haben.